(Neues Forum, Leipzig, Nov. 89)

Für die nächsten Schritte der Umgestaltung der DDR stellt das NEUE FORUM folgende Sofortforderungen auf:

- 1. Die Regierung trifft politische und wirtschaftliche Entscheidungen nur nach Konsultation und umfassender Information der Oppositionsgruppen. Bis zu den Wahlen notwendige Entscheidungen grundsätzlicher Natur bedürfen öffentlicher Diskussion und Zustimmung.
- 2. Ausarbeitung, öffentliche Diskussion und Volksentscheid über eine neue Verfassung der DDR als Voraussetzung zur Über- arbeitung der gesamten Gesetzlichkeit.
- 3. Durchführung von Kommunalwahlen bis spätestens 6. Mai.
- 4. Generelle Bestandsaufnahme der ökonomischen, ökologischen und sozialen Situation der DDR durch die staats- und wirtschaftsleitenden Organe. Sofortige Schaffung der rechtlichen Grundlagen zur Einbeziehung gesellschaftlicher Kräfte in diese Arbeit und zur Veröffentlichung der Ergebnisse.
- 5. Durchführung einer Verwaltungsreform zur Wiederherstellung der Länder und zur Verringerung der Anzahl der Kreise. Wirtschaftliche und werwaltungsrechtliche Stärkung der Kommunen.
- 6. Anerkennung der Bürgerräte in den Städten und Gemeinden, die sich zur Durchsetzung der Refermmaßnahmen und zur Sicherung der öffentlichen Ordnung gebildet haben.
- 7. Der Verkauf von Volkseigentum (Boden, Betriebe, Häuser usw.) ist vor Erarbeitung entsprechender gesetzlicher Regelungen unzulässig.
- 8. Innerbetriebliche Entscheidungen müssen von den Betriebsleitungen in Abstirmung mit freien Gewerkschaften und den demokratisch zu wählenden Betriebsräten getroffen werden.
 Die Betriebsräte beaufsichtigen und kontrollieren die Arbeit der Betriebsleitungen.
 Ein Betriebsverfassungsgesetz sollte schnellstens erarbeitet werden.
 - 9. Die Werktätigen haben das Recht, Leitern auf der Belegschaftsversammlung das Mißtrauen auszusprechen. Mitglieder von Betriebsleitungen, die nicht das Vertrauen der Belegschaft haben, müssen abberufen werden.
- 10. Anerkennung des Streikrechts als letztes Mittel zur Durchsetzung der Interessen der Werktätigen.
- 11. Auflösung der Parteiapparate und der Kampfgruppen in den Betrieben.
- 12. Schaffung gleichberechtigter Bedingungen für unabhängige Presseorgane (Auflagenhöhe, Druckkapazitäten, Vertriebsmöglichkeiten).

Bis dahin muß der unzensierte tägliche Zugang der Opposition zu lokalen und überregionalen Presseorganen gewährtleistet werden.

- 13. Einrichtung des öffentlich-rechtlichen Status für die elektronischen Medien und den ADN. Erarbeitung eines Mediengesetzes.
- 14. Zur Beschleunigung der Reformen des Bildungswesens: Neuwahl der Kreis- und Stadtschulräte durch Delegiertenversammlungen, die von den pädagogischen Mitarbeitern aller Schulen des Kreises gebildet werden.
- 15. Erhöhung der Mindestrenten. Vereinheitlichung des Rentenrechts - Abbau von Rentenprivilegien.
- 16. Offenlegung der Parteivermögen; Auflösung und Neuerdnung , soweit sie nicht aus Mitgliedsbeiträgen abgeleitet werden können.
- 17. Offenlegung und Überprüfung aller Bevorteilungen, die an die Ausübung von Staats- und Parteifunktionen gebunden sind.
- 18. Einscitige Abrüstungsmaßnahmen, drastische Senkung der Truppenstärke und der Militärausgaben mit dem Ziel der Entmilitarisierung der DDR.
 Bildung eines Entwicklungshilfefonds, in den ein Teil der
 freiwerdenden Mittel eingehen soll:
- 19. Einrichtung eines sozialer Zivildienstes.
 - 20. Kurzfristiger Entwurf einer Alternative zu der offiziellen Energiepolitik.
 Stop des bisherigen Bauprogramms für KKW und Offenlegung der wirtschaftlichen und ökologischen Hintergründe der Kormenergienutzung.
 Grundsätzliche Orientierung auf Energieeinsparung.
- 21. Einführung der 40- Stunden Woche bei vollem Lohnausgleich.
- 22. Wiedereinführung der abgeschafften Foiortage.
- 23. Finanzielle Nouregelungen für Älleinerziehende; Sicherstellung bei Erkrankung der Kinder über 6 Wochen hinaus.
- 24. Demokratische Überarbeitung des Genossenschaftsstatuts der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften.
- 25. Erarbeitung eines Aktionsprogramms zur Schließung der Mensch und Umwelt am meisten schädigenden Betriebe.



Leiptig , Nov. 1889)